

Ferdinand Kosak

Sinkende Wahlbeteiligung - eine Gefahr für die Demokratie?

Studienarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2007 GRIN Verlag
ISBN: 9783638004824

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/84091>

Ferdinand Kosak

Sinkende Wahlbeteiligung - eine Gefahr für die Demokratie?

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Universität Potsdam
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

PS Wahlen und Wählerverhalten
SS 2007

**Sinkende Wahlbeteiligung – eine Gefahr für die
Demokratie**

Abgabedatum: 11. Juni 2007

Ferdinand Kosak

M.A. Politikwissenschaften NF
4. Fachsemester

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Trends zur sinkenden Wahlbeteiligung.....	2
2. Warum wählt wer nicht: Entwicklungen und Motive kurz skizziert.....	2
3. Nichtwahl als Normalisierungs- oder Krisensymptom.....	4
4. Motivation und Akzeptanz des politischen Systems seitens der Nichtwähler...	5
5. Gefährdung der demokratischen Grundordnung und des Systems.....	6
Literaturverzeichnis.....	8

Einleitung

Wird anlässlich einer Bundes- oder Landtagswahl die Wahlbeteiligung bekannt gegeben, kann diese in den letzten Jahren nie die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen. Es scheint dieser Erwartungshaltung der Gedanke zu Grunde zu liegen, dass eine niedrige Wahlbeteiligung Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Institutionen seitens der Wählerschaft symbolisiert.

Ziel dieser kurzen Arbeit soll es sein, einen kurzen Überblick über den aktuellen Diskurs bezüglich der Gefahren – sofern es diese gibt - geringer Wahlbeteiligung zu verschaffen. In einem ersten Schritt sollen kurz aus demokratietheoretischer Perspektive mögliche Interpretationen skizziert werden. Im weiteren Verlauf wird beschrieben aus welchen Gründen sich Bürger für oder gegen eine Wahlbeteiligung entscheiden. Basierend auf diesen Erkenntnissen zur individuellen Motivation sich an Wahlen zu beteiligen, soll erläutert werden, ob Teile der Nichtwählerschaft das politische System grundsätzlich in Frage stellen und ob von diesen konkret Gefahren für die Stabilität der Demokratie ausgehen.

Einleitend soll jedoch diskutiert werden, ob der Rückgang der Wahlbeteiligung überhaupt in dem Maß stattfindet, oder ob es sich viel mehr um eine Art medialen Hype handelt.

1. Trends zur sinkenden Wahlbeteiligung

Das die Wahlbeteiligung in Deutschland (und in allen westlichen Demokratien) stetig zurückgeht ist nicht vollkommen unumstritten und ist auch abhängig vom herangezogenen Vergleichszeitraum. So bemerken Aarts und Wessels, dass die Wahlbeteiligung nur in den letzten zwei Dekaden stetig abgenommen hat. Vergleicht man die Daten ab 1949, so erkennt man, dass die Beteiligungen zunächst angestiegen und dann bis in die frühen 80er Jahre relativ stabil waren. Es handelt sich also um ein vergleichsweise junges Phänomen. Gleichzeitig erkennen Sie in weiteren empirischen Untersuchungen zum Vergleich der Daten mehrerer Europäischer Länder, dass die Entwicklungen in unterschiedlichen Ländern relativ unabhängig voneinander erfolgen, es sich also nicht um einen universellen Trend handelt.¹ Ihre Schlussfolgerung, dass vor allem situationsbezogene Faktoren bei jeder Wahl die Beteiligung am stärksten beeinflussen und so bei jeder Wahl separat nach Ursachen gesucht werden muss, ist zwar nicht falsch, blendet doch eindeutige Trends aus, die im folgenden kurz skizziert werden sollen.²

2. Warum wählt wer nicht: Entwicklungen und Motive kurz skizziert.

Zwei Bündel von Ursachen haben Einfluss auf die Wahlentscheidung jedes Individuums: Einerseits Eigenschaften des politischen Systems oder der Gesellschaft, also die Angebotsseite, andererseits die Eigenschaften der Wähler.³

Vor allem die Angebotseite besteht aus situativen Faktoren, die für engere Zeiträume oder auch einzelne Wahlen entscheidend wirken können, wie z.B. das spezielle Wahlkampfprogramm von Parteien und die Fragmentierung, die Wettbewerbssituation vor einer Wahl oder auch die kandidierenden Personen.⁴ Hier sei auch erwähnt, dass es

¹ Vgl. Aarts, Kees/ Wessels, Bernhard: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, in: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Wessels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: Verlag 2005, S.597-599

² Vgl. ebd., S. 608-609

³ Vgl. Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse, Wiesbaden: Verlag 2004, S. 225

⁴ Vgl. ebd. S. 227

entscheidend ist wie Parteien, Inhalte, Situationen und Personen vermittelt und vom Wähler wahrgenommen werden. Bei den Eigenschaften der Wähler lassen sich aber doch zweifellos einige Trends erkennen. Wenngleich die These der überragenden Bedeutung des modernen, gut gebildeten Nichtwählers empirisch keine Bestätigung fand⁵, bleibt doch bei fast allen Autoren die Erkenntnis, dass es einige, dominierende Faktoren gibt, die die Wahlbeteiligung bestimmen, die sich im Zeitablauf zu Ungunsten der Wahlbeteiligung entwickelt haben.

Dazu zählen vor allem, je nach Modell die so genannte Wahlnorm, die Parteiidentifikation, das politische Interesse bzw. die individuelle Ressourcenausstattung, Institutionenvertrauen und das Alter.⁶ Während die individuelle Ressourcenausstattung und das politische Interesse generell stark angestiegen sind und so eigentlich zu einer steigenden Wahlbeteiligung beitragen sollten⁷, zeigen die anderen Faktoren überwiegend klar wahlhemmende Entwicklungen auf. Aus Umfragen ist klar zu erkennen, dass die Wahlnorm, also die individuell wahrgenommene Pflicht als guter Bürger an einer Wahl teilzunehmen, klar abgenommen hat. Ähnlich verhält es sich mit der Parteiidentifikation⁸ und dem Vertrauen in die Institutionen des politischen Systems der BRD⁹. Beim Alter gibt es sowohl lebenszyklische Effekte, wonach sich ältere, besser gesellschaftlich integrierte Menschen tendenziell mehr an Wahlen beteiligen, als auch einen Kohorteneffekt, der zeigt, dass sich jüngere Generationen generell weniger an Wahlen beteiligen als dies ihre Vorgänger im gleichen Alter getan haben.¹⁰

Zusammengefasst ist die Wahlbeteiligung natürlich ein multikausales Phänomen und es ist der Wahlforschung bis heute nur gelungen einen kleinen Teil des Verhaltens der Wähler zu erklären. Caballero kommt dann auch zu der Erkenntnis, dass der moderne

⁵ u.a. Vgl. Caballero, Claudia: Nichtwahl, in Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005, S.353; Gabriel, O./Völkel, K.: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs., S. 239

⁶ Vgl. Gabriel, O./Völkel, K.: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs., S.236 – 239; Kleinhenz, Thomas: Abstimmung mit den Füßen. Eine Längsschnittanalyse der sinkenden Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik von 1980 bis 1995, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Band 9 (1996), S. 72- 76

⁷ Vgl. Vgl. Aarts, K./ Wessels, B.: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, S. 602

⁸ Vgl. Caballero, C.: Nichtwahl, S. 347

⁹ Vgl. Völker, Marion/Völker, Bernd: Wahlenthaltung – Normalisierung oder Krisensymptom. Wiesbaden, Deutscher Universitäts Verlag, 1998, S. 174

¹⁰ Vgl. Caballero, C.: Nichtwahl, S.353; Gabriel, O./Völkel, K.: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs., S. 357 – 358

Wähler unkalkulierbar wählt¹¹ und es wird der Wahlforschung auch in Zukunft kaum gelingen mehr als einen kleinen Teil der Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung zu entschlüsseln.

3. Nichtwahl als Normalisierungs- oder Krisensymptom

Dieser Frage liegen zwei demokratietheoretische Idealtypen zu Grunde: Input- vs. Outputorientierte Demokratietheorie.

Aus erster Perspektive erlangen die gewählten Volksvertreter nur dann Legitimität in ihren Positionen, wenn eine maximale Wahlbeteiligung erreicht wird, da nur dann die Interessen aller ins System mit eingebracht werden. Für Vertreter der Outputorientierten Theorie sind Wahlen hingegen nur ein Instrument der Machtzuweisung. Auch hier wird ein Optimum angestrebt, doch für die Funktionalität des Systems ist die Höhe der Wahlbeteiligung nur von nachrangiger Bedeutung. Das System wird am Output, das bedeutet an der Qualität der politischen Leistungen gemessen und daraus gewinnen die Amtsinhaber und Regierungen ihre Legitimität.¹²

Daran schließen die Konzepte von Nichtwahl als Krisensymptom (Inputtheoretisches Modell) und Nichtwahl als Normalisierungssymptom (im Outputorientierten) Modell an. Wird die Nichtwahl als Krisensymptom verstanden, so geht man davon aus, dass die Entscheidung, sich seiner Stimme zu enthalten gleichbedeutend ist, mit einer Ablehnung des politischen Systems bzw. seiner Akteure. Umgekehrt wird der Rückgang der Wahlbeteiligung als Normalisierungssymptom betrachtet, da man mit der Entscheidung zur Nichtwahl stille Zustimmung zum politischen System verbunden sei.¹³

Um diese beiden Ansätze zu bewerten ist es also notwendig, die Motivation der Nichtwähler genauer zu untersuchen, was im nächsten Kapitel erfolgen soll.

¹¹ Vgl. Aarts, K./ Wessels, B.: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, S. 615

¹² Kornelius, Bernhard/Roth, Prof. Dr. Dieter: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2004, S. 30

¹³ ebd. S. 30-31

4. Motivation und Akzeptanz des politischen Systems seitens der Nichtwähler

Zu diesem Punkt gibt es einige empirische Studien, die sich empirisch mit der Ursache der Nichtwahl beschäftigt haben.

Einleitend soll aber auch kurz erwähnt sein, dass es auch einen nicht zu vernachlässigenden Teil von Nichtwählern gibt, die aus strukturellen Gründen, wie etwa Krankheit, kurzfristigem Umzug oder ähnlichem nicht teilnehmen können oder aber auch Personen die als „Karteileichen“ im Wählerverzeichnis geführt sind. Diese machen nach Kornelius und Roth etwa 4 bis 5% der Nichtwähler aus.¹⁴

Empirische Untersuchungen zur Systemakzeptanz zeigen insgesamt einen eindeutigen Trend, wo nach sowohl das Vertrauen in die Demokratie in Deutschland eindeutig stark zurückgegangen ist. Gleiches gilt für die politischen Eliten und die Parteien (Zum Vergleich: Institutionen wie Polizei und Gerichte haben ein sehr positives Image). Hinzu tritt noch, dass Ihnen auch notwendige Problemlösungskompetenzen abgesprochen werden und sogar moralische Defizite beklagt werden.¹⁵ Diese Faktoren erscheinen bei Nichtwählern zumeist ausgeprägter als bei Wählern.¹⁶

Auffällig ist hierbei jedoch auch, dass eine hohe Unzufriedenheit meist mit schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen korreliert. Es scheint also, dass die Unzufriedenheit sehr eng mit der eigenen materiellen Situation verknüpft ist.¹⁷

Im Gegensatz dazu, sind die Menschen, Wähler etwas mehr als Nichtwähler, jedoch nach wie vor in sehr hohem Maße von der Demokratie als beste Staatsform, beziehungsweise mit der Verfassung der Bundesrepublik an sich zufrieden.¹⁸ Daran lässt sich ganz deutlich erkennen, dass nicht das System grundsätzlich für den Wähler in Frage steht, sondern er ganz deutlich zwischen der grundsätzlichen, staatlichen Ordnung und den Parteien und Funktionsträgern unterscheidet und letztere im Fokus seiner Kritik stehen. Es lässt sich jedoch auch überaus deutlich erkennen, dass die Normalisierungsthese aufgrund dieser

¹⁴ Vgl. ebd, S. 32

¹⁵ Vgl. ebd. S. 12; Völker; 163; Renz; 583, erstnennung

¹⁶ Vgl. Völker, M./Völker, B.: Wahlenthaltung – Normalisierung oder Krisensymptom, S. 164

¹⁷ Vgl. Kornelius, B./Roth, D.: Politische Partizipation in Deutschland, S. 13,

Renz Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion, in Zeitschrift für Parlamentsfragen, Band 28 (1997), S. 585

¹⁸ Vgl. Kornelius, B./Roth, D.: Politische Partizipation in Deutschland, S. 12-13, Vgl. Völker, M./Völker, B.: Wahlenthaltung – Normalisierung oder Krisensymptom, S. 174

Sachlage nur schwer aufrecht zu erhalten ist: Die Nichtwähler sind in überdurchschnittlichem Maß unzufrieden mit dem System der Gegenwart und äußern mit ihrem Verzicht auf Partizipation in Form der Stimmabgabe keine stillschweigende Zustimmung sondern Kritik.

5. Gefährdung der demokratischen Grundordnung und des Systems

Entscheidend für die Fragestellung der Arbeit ist nun, ob diese kritische Einstellung der Nichtwähler eine Gefahr für die Stabilität des Demokratischen Systems darstellt oder nicht. In erster Dimension, das haben die Ausführungen zum vorigen Punkt bereits, besteht kein Grund zur Sorge: Der Protest richtet sich nicht gegen die demokratische Grundordnung an sich, demokratische Werte an sich und auch die Verfassung der BRD steht für die Menschen fast nie zur Disposition, ist also ohnehin nicht gefährdet. Entscheidend für die Stabilität des Systems in seiner gegenwärtigen Form ist nun, ob die mit dem System unzufriedenen Menschen politische Aktivitäten gegen das System, seine Institutionen und Menschen ergreifen. Doch auch hier lassen sich gegenwärtig keinerlei Trends erkennen. Im Gegenteil: unzufriedene Nichtwähler neigen tendenziell auch deutlich weniger dazu, andere politische Partizipationsformen zu ergreifen.¹⁹

Insgesamt scheint unter den Wahlforschern Einigkeit darüber zu bestehen, dass es keine direkte Gefahr für die Stabilität gibt.²⁰ So beschreibt Kleinhenz, dass weder ein größeres Gewaltpotential entsteht, noch irgendetwas auf politisch radikale Massenbewegungen hin deutet.²¹ Ein weiterer Beleg hierfür scheint zu sein, dass sich ein Großteil der Nichtwähler, das heißt etwa 80%, nicht als dauerhafte Nichtwähler beschreiben. Das scheint darauf hin zu deuten, dass es doch sehr stark situative Faktoren sind, die darüber entscheiden ob die Menschen zur Wahl gehen.²²

¹⁹ Vgl. Kornelius, B./Roth, D.: Politische Partizipation in Deutschland, S. 14

²⁰ Vgl. Kornelius, B./Roth, D.: Politische Partizipation in Deutschland, S. 16; Vgl. Gabriel, O./Völkel, K.: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs, S. 241

²¹ Kleinhenz, Thomas: Abstimmung mit den Füßen. S. 79

²² Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 224

Eine Gefahr für die Demokratie in Ihrer gelebten Form durch die sinkende Wahlbeteiligung scheint derzeit absolut nicht zu bestehen. Gefahr würde nur dann entstehen, wenn unzufriedene bzw. Gegner des politischen Systems umstürzlerische Maßnahmen ergreifen würden. Ein solcher Trend lässt sich jedoch bis jetzt nicht ansatzweise erkennen. Im Gegenteil scheinen doch die potentiellen „Umstürzler“ eher in Passivität zu verharren.

Literaturverzeichnis

Aarts, Kees/ Wessels, Bernhard: Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, in: Falter, Jürgen W. / Gabriel, Oscar W. / Wessels, Bernhard (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: Verlag 2005

Caballero, Claudia: Nichtwahl, in Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005

Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin: Auf der Suche nach dem Nichtwähler neuen Typs. Eine Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2002, in: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse, Wiesbaden: Verlag 2004

Kleinhenz, Thomas: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag 1995

Kleinhenz, Thomas: Abstimmung mit den Füßen. Eine Längsschnittanalyse der sinkenden Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik von 1980 bis 1995, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Band 9 (1996)

Kornelius, Bernhard/Roth, Prof. Dr. Dieter: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2004

Renz Thomas: Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise: Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion, in Zeitschrift für Parlamentsfragen, Band 28 (1997)

Völker, Marion/Völker, Bernd: Wahlenthaltung – Normalisierung oder Krisensymptom. Wiesbaden, Deutscher Universitäts Verlag, 1998

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

